-

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Entschädigungsklage bei überlanger Verfahrensdauer
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Überlanges Gerichtsverfahren – Entschädigungsklage – unangemessene Verfahrensdauer – Angemessenheitsprüfung – wertende Gesamtbetrachtung – instanzübergreifende Verrechnung der Vorbereitungs- und Bedenkzeiten – Maßgeblichkeit der Verzögerung des Gesamtverfahrens – Berücksichtigung aller vorgehenden und nachgehenden Instanzen an Landes- sowie Bundesgerichten – Ermittlung der Inaktivitätszeiten – inaktive Zeit zwischen Ladung und Termin – Zuordnung zur Vorbereitungszeit – keine pauschale Anerkennung der Zwischenmonate als Aktivmonate – Verurteilung zu Prozesszinsen ab Rechtshängigkeit – Tenorierung des konkreten Zeitpunkts
Leitsätze	1. Die einer Instanz zur Verfügung stehende, nicht ausgeschöpfte Vorbereitungs- und Bedenkzeit kann entschädigungsmindernd auf eine vorhergehende oder nachfolgende Instanz übertragen werden. 2. Monate zwischen der Ladung und der Durchführung der mündlichen Verhandlung sind von der Vorbereitungs- und Bedenkzeit umfasst, wenn in ihnen keine nach außen erkennbare verfahrensfördernde Aktivität des Ausgangsgerichts erfolgt.
Normenkette	GVG § 198 Abs 1 S 1; GVG § 198 Abs 1 S 2 ; GVG § 198 Abs 3 S 5; GVG § 198 Abs 6

	Nr 1 Halbs 1; GVG § 200 S 1; GVG § 200 S 2; GVG § 201 Abs 1; SGG § 94 S 2; SGG § 123; SGG § 110 Abs 1 S 1; SGG § 170 Abs 2 S 2; SGG § 202 S 2; BGB § 291 S 1

1. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

2. Instanz

Aktenzeichen	L 12 SF 75/18 EK
Datum	19.03.2021

3. Instanz

Datum	24.03.2022

Â

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 19. MÃ¤rz 2021 aufgehoben, soweit der Beklagte verurteilt worden ist, dem KlÃ¤ger wegen unangemessener Dauer des vor dem Schleswig-Holsteinischen Landessozialgericht gefÃ¼hrten Verfahrens L 8 U 14/14 eine EntschÃ¤digung von mehr als 800Â Euro und Zinsen von fÃ¼nf Prozentpunkten Ã¼ber dem Basiszinssatz aus 1600Â Euro zu zahlen.

Die Sache wird zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurÃ¼ckverwiesen.

Der Streitwert fÃ¼r das Revisionsverfahren wird auf 800Â Euro festgesetzt.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Zwischen den Beteiligten ist die EntschÃ¤digung von Nachteilen infolge einer unangemessenen Verfahrensdauer eines vor dem Schleswig-Holsteinischen LSG gefÃ¼hrten Berufungsverfahrens streitig.

Â

2

In dem Ausgangsverfahren begehrte der KlÃ¤ger die GewÃ¤hrung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben von einer Berufsgenossenschaft. Die am 5.9.2012 erhobene Klage wies das SG mit Urteil vom 11.2.2014 ab, das dem KlÃ¤ger am 24.2.2014 zugestellt wurde. Nach der hiergegen am 24.3.2014 eingelegten Berufung des KlÃ¤gers wurden zunÃ¤chst SchriftsÃ¤tze gewechselt. Die letzte hierauf bezogene Wiedervorlage beim Berichterstatter des LSG erfolgte am 21.1.2015, ohne dass weitere Verfahrenshandlungen veranlasst wurden. Nach einer Sachstandsanfrage im April 2015 erhob der KlÃ¤ger am 21.4.2016 VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge. Nachdem ein erster Termin auf Bitten des KlÃ¤gers aufgehoben wurde, wurde ein neuer Termin mit VerfÃ¼gung der Vorsitzenden vom 15.6.2017 auf den 8.11.2017 bestimmt. Mit Urteil von diesem Tag, dem KlÃ¤ger zugestellt am 12.2.2018, wurde dessen Berufung zurÃ¼ckgewiesen.

Â

3

Der KlÃ¤ger hat am 11.9.2018 Klage auf EntschÃ¤digung wegen unangemessener Dauer (nur) des Berufungsverfahrens erhoben. Das LSG als EntschÃ¤digungsgericht hat den Beklagten verurteilt, dem KlÃ¤ger wegen unangemessener Verfahrensdauer des Berufungsverfahrens eine EntschÃ¤digung iHv 1600Â Euro nebst Zinsen iHv 5Â Prozentpunkten Ã¼ber dem Basiszinssatz ab RechtshÃ¤ngigkeit zu zahlen. Im Hinblick auf die darÃ¼ber hinausgehende EntschÃ¤digungsforderung iHv weiteren 500Â Euro hat es die Klage abgewiesen. Zur BegrÃ¼ndung hat das EntschÃ¤digungsgericht ausgefÃ¼hrt, das Berufungsverfahren, auf welches der eingeklagte EntschÃ¤digungsanspruch in zulÃ¤ssiger Weise beschrÃ¤nkt worden sei, sei unangemessen lang gewesen. Insgesamt sei von 16Â Kalendermonaten gerichtlicher InaktivitÃ¤t auszugehen, die nicht durch eine dem LSG einzurÃ¤umende Vorbereitungs- und Bedenkzeit abgedeckt seien. Diese Zeit sei wegen der durchschnittlichen Bedeutung und Schwierigkeit des Ausgangsverfahrens mit zwÃ¶lf Monaten anzusetzen. Eine weitere Minderung der inaktiven Zeiten des Berufungsverfahrens durch Verrechnung mit in erster Instanz nicht genutzten Monaten einer angemessenen Vorbereitungs- und Bedenkzeit sei abzulehnen. Eine Verrechnung sei mit dem Zweck dieser Zeit, eine flexible Handhabung des Verfahrens in jeder Instanz zu ermÃ¶glichen, nicht vereinbar *(Urteil vom 19.3.2021)*.

Â

4

Mit seiner Revision rÃ¼gt der Beklagte eine Verletzung von Â§Â 198 AbsÂ 1 und AbsÂ 6 NrÂ 1 GVG. Das EntschÃ¤digungsgericht habe zu Unrecht die MÃ¶glichkeit einer instanzÃ¼bergreifenden Verrechnung der Vorbereitungs- und Bedenkzeit verneint. Denn maÃgeblich sei allein die Gesamtverfahrensdauer. Das SG habe lediglich vier Monate solcher Zeiten beansprucht, weshalb von den

InaktivitÃ¤tszeiten des LSG im Ausgangsverfahren weitere acht Monate abzuziehen seien. Zudem sei der Zinsausspruch weder fÃ¼r sich genommen noch unter BerÃ¼cksichtigung der EntscheidungsgrÃ¼nde vollstreckungsfÃ¤hig, weil der Zeitpunkt der RechtshÃ¤ngigkeit und damit der Beginn der Zinszahlungspflicht aufgrund des Urteils nicht bestimmbar sei. Insoweit sei das Urteil nichtig.

Â

5

Der Beklagte beantragt,
das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 19. MÃ¤rz 2021 aufzuheben, soweit der Beklagte verurteilt worden ist, an den KlÃ¤ger wegen unangemessener Dauer des vor dem Schleswig-Holsteinischen Landessozialgericht gefÃ¼hrten Verfahrens L 8 U 14/14 mehr als 800Â Euro zu zahlen sowie Zinsen in HÃ¶he von 5 Prozentpunkten Ã¼ber dem Basiszinssatz seit RechtshÃ¤ngigkeit aus 1600Â Euro zu zahlen, und die Klage auch insoweit abzuweisen.

Â

6

Der KlÃ¤ger beantragt,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

Â

7

Er verteidigt das angegriffene Urteil des EntschÃ¤digungsgerichts.

Â

II

Â

8

Die zulÃ¤ssige Revision des Beklagten ist im Sinne der teilweisen Aufhebung des angefochtenen Urteils und ZurÃ¼ckverweisung der Sache insoweit an das EntschÃ¤digungsgericht zur erneuten Verhandlung und Entscheidung begrÃ¼ndet *(Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 2 SGG)*. Ob ein Ã¼ber 800Â Euro hinausgehender EntschÃ¤digungsanspruch des KlÃ¤gers im vom EntschÃ¤digungsgericht zugesprochenen Umfang besteht, lÃ¤sst sich durch das Revisionsgericht aufgrund fehlender tatsÃ¤chlicher Feststellungen im angefochtenen Urteil nicht abschlieÃend beantworten.

Â

9

1.Â Gegenstand des Rechtsstreits in der Revisionsinstanz ist das Urteil des EntschÃ¤digungsgerichts nur soweit dem KlÃ¤ger darin ein Ã¼ber 800Â Euro hinausgehender EntschÃ¤digungsanspruch iHv insgesamt 1600Â Euro nebst Zinsen hieraus wegen unangemessener Dauer des Ausgangsverfahrens in der Berufungsinstanz zugesprochen worden ist. Hierauf hat der Beklagte die nur von ihm eingelegte Revision in zulÃ¤ssiger Weise begrenzt. Auf eine EntschÃ¤digung allein wegen der Dauer des Berufungsverfahrens hatte bereits der KlÃ¤ger die EntschÃ¤digungsklage im Rahmen seiner Dispositionsbefugnis *(vgl* Â§Â 123 SGG*)* beschrÃ¤nkt *(vgl zur ZulÃ¤ssigkeit einer solchen BeschrÃ¤nkung BSG Urteil vom 27.3.2020 â□□Â BÂ 10Â Ã□G* 4/19*Â RÂ â□□ SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 19 RdNrÂ 11; BSG Urteil vom 12.2.2015 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/13Â RÂ â□□* BSGE 118, 91 *= SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 7, RdNrÂ 21; BVerwG Urteil vom 27.2.2014 â□□Â* 5Â C 1/13 *Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 11Â ff)*.

Â

10

2.Â Ob das EntschÃ¤digungsgericht dem KlÃ¤ger zu Recht einen Ã¼ber 800Â Euro hinausgehenden EntschÃ¤digungsanspruch zugesprochen hat, kann der Senat nicht abschlieÃ□end entscheiden.

Â

11

Das EntschÃ¤digungsgericht ist zwar zunÃ¤chst zutreffend von den in der Rechtsprechung des BSG herausgearbeiteten GrundsÃ¤tzen der PrÃ¼fung einer angemessenen Verfahrensdauer ausgegangen *(dazu unter a)*. Jedoch hat es die Vorinstanz zu Unrecht abgelehnt, im Ausgangsverfahren vom SG nicht ausgeschÃ¶pfte, grundsÃ¤tzlich angemessene Vorbereitungs- und Bedenkzeit bei der PrÃ¼fung der angemessenen Gesamtverfahrensdauer zu berÃ¼cksichtigen *(dazu unterÂ b)*. In welchem Umfang dies zu geschehen hat, kann der Senat nicht abschlieÃ□end entscheiden. Insoweit fehlt es â□□Â vom Rechtsstandpunkt des EntschÃ¤digungsgerichts aus gesehen folgerichtigÂ â□□ an Feststellungen zum Ablauf des Ausgangsverfahrens in erster Instanz *(dazu unterÂ c)*.

Â

12

a)Â Das EntschÃ¤digungsgericht ist in seinem Urteil zutreffend von den folgenden GrundsÃ¤tzen ausgegangen:

Â

13

Nach Â§Â 202 SatzÂ 2 SGG iVm Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 und AbsÂ 3 SatzÂ 1 GVG *(in der seither unverÃ¤nderten Fassung des Gesetzes Ã¼ber den Rechtsschutz bei Ã¼berlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24.11.2011,* BGBlÂ IÂ 2302*)* wird angemessen entschÃ¤digt, wer infolge unangemessener Dauer eines Gerichtsverfahrens als Verfahrensbeteiligter einen Nachteil erleidet, wenn er zuvor bei dem mit der Sache befassten Gericht die Dauer des Verfahrens gerÃ¼gt hat.

Â

14

Die Angemessenheit der Verfahrensdauer richtet sich gemÃ¤Ã Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG nach den UmstÃ¤nden des Einzelfalls, insbesondere nach der Schwierigkeit und Bedeutung des Verfahrens sowie nach dem Verhalten der Verfahrensbeteiligten und Dritter. DarÃ¼ber hinaus ist auch die VerfahrensfÃ¼hrung oder Prozessleitung durch das Ausgangsgericht in die Betrachtung mit einzubeziehen. Denn eine Verletzung des Rechts auf Rechtsschutz in angemessener Zeit hÃ¤ngt wesentlich davon ab, ob dem Staat zurechenbare Verhaltensweisen des Ausgangsgerichts zur unangemessenen Dauer des Gerichtsverfahrens gefÃ¼hrt haben. MaÃgeblich sind VerzÃ¶gerungen *(vgl* Â§Â 200 GVG*),* also sachlich nicht gerechtfertigte Zeiten des Verfahrens, insbesondere aufgrund von UntÃ¤tigkeit des Gerichts *(stRspr; zB BSG Urteil vom 7.9.2017 â€Â BÂ 10Â ÃG 1/16Â RÂ â€ BSGEÂ 124, 136 = SozR 4â€1720 Â§Â 198 NrÂ 16, RdNrÂ 38; BSG Urteil vom 3.9.2014 â€Â BÂ 10Â ÃG 2/13Â RÂ â€ BSGEÂ 117, 21 =Â SozR 4â€1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 34).*

Â

15

Die Angemessenheit der Dauer eines sozialgerichtlichen Verfahrens ist nach der stÃ¤ndigen Rechtsprechung des BSG *(zB BSG Urteil vom 12.12.2019 â€Â BÂ 10Â ÃG 3/19Â RÂ â€ SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 18 RdNrÂ 31Â ff; BSG Urteil vom 7.9.2017 â€Â BÂ 10Â ÃG 3/16Â RÂ â€ SozR 4â€1720 Â§Â 198 NrÂ 14 RdNrÂ 24Â f; BSG Urteil vom 3.9.2014 â€Â BÂ 10Â ÃG 9/13Â RÂ â€ SozR 4â€1720 Â§Â 198 NrÂ 6 RdNrÂ 25Â ff)* in drei Schritten zu prÃ¼fen.

Â

16

Den Ausgangspunkt und ersten Schritt der AngemessenheitsprÃ¼fung bildet die in Â§Â 198 AbsÂ 6 NrÂ 1 GVG definierte Gesamtdauer des Gerichtsverfahrens von der

Einleitung bis zum rechtskrÃ¤ftigen Abschluss. Kleinste im Geltungsbereich des Ã□GG relevante Zeiteinheit ist hierbei der Kalendermonat. In einem zweiten Schritt ist der Ablauf des Verfahrens insbesondere an den von Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG genannten Kriterien zu messen, bei denen es sich um unbestimmte Rechtsbegriffe handelt und die auch unter Heranziehung der Rechtsprechung des BVerfG sowie desÂ EuropÃ¤ischen Gerichtshofs fÃ¼r Menschenrechte (EGMR) auszulegen und zu vervollstÃ¤ndigen sind. Soweit das EntschÃ¤digungsgericht Tatsachen feststellt, um diese Begriffe auszufÃ¼llen, hat es einen erheblichen tatrichterlichen Beurteilungsspielraum. Auf dieser Grundlage ergibt erst die wertende Gesamtbetrachtung und AbwÃ¤gung aller EinzelfallumstÃ¤nde in einem dritten Schritt, ob die Verfahrensdauer die Ã¤uÃ□erste Grenze des Angemessenen deutlich Ã¼berschritten und deshalb das Recht auf Rechtsschutz in angemessener Zeit verletzt hat. Dabei ist davon auszugehen, dass vorbehaltlich besonderer UmstÃ¤nde des Einzelfalls die Verfahrensdauer jeweils insgesamt noch als angemessen anzusehen ist, wenn eine Gesamtverfahrensdauer, die zwÃ¶lf Kalendermonate je Instanz Ã¼bersteigt, auf vertretbarer aktiver Verfahrensgestaltung des Gerichts beruht *(stRspr; zB BSG Urteil vom 17.12.2020 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/19Â RÂ â□□ BSGE 131, 153 = SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 20, RdNrÂ 45; BSG Urteil vom 7.9.2017 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 3/16Â RÂ â□□ SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 14 RdNrÂ 25; BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/13Â RÂ â□□ BSGE 117, 21 = SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 27, 46)*.

Â

17

Ausgehend von diesen GrundsÃ¤tzen hat das EntschÃ¤digungsgericht im ersten PrÃ¼fungsschritt festgestellt, dass das Ausgangsverfahren vom Eingang der Klage beim SG am 5.9.2012 bis zur Zustellung des Berufungsurteils an den KlÃ¤ger am 12.2.2018 gedauert hat *(vgl zur MaÃ□geblichkeit der Urteilszustellung BSG Urteil vom 10.7.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 8/13Â RÂ â□□ SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 2 RdNrÂ 18 mwN)*. Das Ausgangsverfahren umfasste somit insgesamt 66 Kalendermonate.

Â

18

Von den 48 Kalendermonaten des Verfahrens Ã¼ber die am 24.3.2014 beim LSG eingegangene Berufung des KlÃ¤gers, auf welches dieser sein EntschÃ¤digungsbegehren beschrÃ¤nkt hat *(sÂ dazu oben unter 1.)*, hat es im zweiten PrÃ¼fungsschritt 28 Monate als Zeiten vollstÃ¤ndiger gerichtlicher InaktivitÃ¤t des LSG gewertet. Zudem hat es eine durchschnittliche Bedeutung und Schwierigkeit des Ausgangsverfahrens angenommen und die den Ausgangsgerichten nach der Rechtsprechung des BSG einzurÃ¤umende Vorbereitungs- und Bedenkzeit fÃ¼r das Berufungsverfahren mit zwÃ¶lf Monaten angesetzt. Letzteres wird mit der Revision nicht angegriffen und auch sonst von den Beteiligten nicht in Frage gestellt. Zugleich ist nicht zu erkennen, dass das

EntschÃ¤digungsgericht diesbezÃ¼glich seinen Beurteilungsspielraum Ã¼berschritten hat.

Â

19

b)Â Das EntschÃ¤digungsgericht hat es jedoch im dritten Schritt der AngemessenheitsprÃ¼fung zu Unrecht abgelehnt, im Ausgangsverfahren vom SG nicht ausgeschÃ¶pfte, grundsÃ¤tzlich angemessene Vorbereitungs- und Bedenkzeit bei der PrÃ¼fung der angemessenen Dauer des Berufungsverfahrens zu berÃ¼cksichtigen. Die Notwendigkeit eines solchen Abzugs ergibt sich nicht schon aus den fÃ¼r die EinrÃ¤umung einer solchen Zeit nach der Rechtsprechung des BSG maÃgeblichen Gesichtspunkten *(dazu unterÂ aa)*. Jedoch folgt sie aus der gesetzlich angeordneten AngemessenheitsprÃ¼fung nach MaÃgabe der Gesamtverfahrensdauer *(dazu unterÂ bb)* und fÃ¼hrt die stÃ¤ndige Rechtsprechung des BSG fort, wonach Zeiten fehlender VerfahrensfÃ¶rderung durch das Gericht in bestimmten Verfahrensabschnitten durch eine zÃ¼gige Bearbeitung in anderen Verfahrensabschnitten ausgeglichen werden kÃ¶nnen *(dazu unterÂ cc)*. Vor diesem Hintergrund und mit RÃ¼cksicht auf den Haftungsgrund des Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 GVG hÃ¤lt der Senat auch eine instanzÃ¼bergreifende Verrechnung der Vorbereitungs- und Bedenkzeiten fÃ¼r geboten *(dazu unterÂ dd)*.

Â

20

aa)Â Die fÃ¼r die EinrÃ¤umung einer Vorbereitungs- und Bedenkzeit in jeder Instanz nach der Rechtsprechung des BSG maÃgeblichen Gesichtspunkte gebieten fÃ¼r sich genommen noch keine Ãbertragung der in einer Instanz nicht ausgeschÃ¶pften Zeit in eine andere Instanz.

Â

21

Nach stÃ¤ndiger Rechtsprechung des BSG ist den Ausgangsgerichten â Â vorbehaltlich besonderer UmstÃ¤nde des EinzelfallsÂ â eine Vorbereitungs- und Bedenkzeit von bis zu zwÃ¶lf Monaten je Instanz zuzubilligen, die fÃ¼r sich genommen noch nicht zu einer unangemessenen Verfahrensdauer fÃ¼hrt, selbst wenn sie nicht durch konkrete VerfahrensfÃ¶rderungsschritte begrÃ¼ndet und gerechtfertigt werden kann *(zB BSG Urteil vom 7.9.2017 â Â BÂ 10Â ÃG 3/16 Â RÂ â SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 14 RdNrÂ 22; BSG Urteil vom 12.2.2015 â Â BÂ 10Â ÃG 11/13Â RÂ â BSGE 118, 102 = SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 9, RdNrÂ 33Â f)*. Dies hat der Senat aus der Struktur und Gestaltung des sozialgerichtlichen Verfahrens abgeleitet *(grundlegend BSG Urteil vom 3.9.2014 â Â BÂ 10Â ÃG 2/13Â RÂ â BSGE 117, 21 = SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 45Â ff)*. Er trÃ¤gt damit dem Umstand Rechnung, dass grundsÃ¤tzlich jedem

Gericht eine ausreichende Vorbereitungs- und Bedenkzeit zur VerfÃ¼gung stehen muss. Eine gleichzeitige inhaltlich tiefgehende Bearbeitung sÃ¤mtlicher Verfahren, die bei einem Gericht anhÃ¤ngig und einem Richter zugewiesen sind, ist schon aus tatsÃ¤chlichen GrÃ¼nden nicht mÃ¶glich. Sie wird auch von ArtÂ 20 AbsÂ 3 GG und ArtÂ 6 AbsÂ 1 SatzÂ 1 EMRK nicht verlangt *(vgl auch BGH Urteil vom 12.2.2015 â□□Â IIIÂ ZR 141/14Â â□□ juris RdNrÂ 33 mwN)*. Aus dem Anspruch auf Rechtsschutz in angemessener Zeit folgt kein Recht auf sofortige Befassung des Gerichts mit jedem Rechtsschutzbegehren und dessen unverzÃ¼gliche Erledigung. Vielmehr sind Rechtsschutzsuchenden je nach Bedeutung und ZeitabhÃ¤ngigkeit des Rechtsschutzziels und abhÃ¤ngig von der Schwierigkeit des Rechtsstreits sowie von ihrem Verhalten gewisse Wartezeiten zuzumuten. Ebenso sind Gerichte â□□Â unter Beachtung des Gebots effektiven RechtsschutzesÂ â□□ berechtigt, einzelne (Ã¤ltere und jÃ¼ngere) Verfahren aus GrÃ¼nden eines sachlichen, rechtlichen, persÃ¶nlichen oder organisatorischen Zusammenhangs zu bestimmten Gruppen zusammenzufassen oder die Entscheidung einer bestimmten Sach- oder Rechtsfrage als dringlicher anzusehen als die Entscheidung anderer Fragen, auch wenn eine solche zeitliche â□□Bevorzugungâ□□ einzelner Verfahren jeweils zu einer lÃ¤ngeren Dauer anderer Verfahren fÃ¼hrt *(BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/13Â RÂ â□□ BSGE 117, 21 = SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 44 mwN)*. An dieser Rechtsprechung hÃ¤lt der Senat nach erneuter PrÃ¼fung fest *(vgl Urteil vom heutigen Tag â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/20Â RÂ â□□ zur VerÃ¶ffentlichung in BSGE und SozR vorgesehen)*.

Â

22

Ausgehend hiervon ist dem EntschÃ¤digungsgericht zuzugestehen, dass eine zÃ¼gige Bearbeitung des Verfahrens in der Eingangsinstanz nicht ohne weiteres eine lÃ¤ngere Vorbereitungs- und Bedenkzeit in der Berufungsinstanz erfordert. Soweit darauf hingewiesen wird, dass der Umfang der erstinstanzlich getÃ¤tigten Ermittlungen das AusmaÃ□ der in der zweiten Instanz noch anfallenden bedinge *(Roller, VSSR 2015, 65, 77; RÃ¶hl in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, Â§Â 198 GVG RdNrÂ 81, Stand 10.12.2020)*, kann dies allenfalls eine unwesentliche VerlÃ¤ngerung der notwendigen Vorbereitungs- und Bedenkzeit rechtfertigen. Denn vertretbare gerichtliche Ermittlungen in den Tatsacheninstanzen sind nach den oben dargestellten GrundsÃ¤tzen als Zeiten aktiver Verfahrensgestaltung anzusehen, die nicht zu einer unangemessenen Verfahrensdauer fÃ¼hren. Damit unterscheiden sich diese Zeiten von der Vorbereitungs- und Bedenkzeit, die gerade dadurch gekennzeichnet ist, dass keine nach auÃ□en erkennbare aktive Bearbeitung des Verfahrens durch das Gericht erfolgt. Zudem hat die Bearbeitungsdauer in erster Instanz regelmÃ¤Ã□ig keinen erkennbaren Einfluss darauf, ob Verfahren aus GrÃ¼nden eines sachlichen, rechtlichen, persÃ¶nlichen oder organisatorischen Zusammenhangs in zweiter Instanz zusammengefasst und ggf erst nach einer gewissen Zeit gerichtlicher InaktivitÃ¤t gemeinsam weiter bearbeitet werden. Eine zÃ¼gige Bearbeitung in erster Instanz per se kann kein Anlass dafÃ¼r sein, das Verfahren in der zweiten Instanz nur zÃ¶gerlich zu bearbeiten. Lediglich ein geringeres Gesamtalter eines in der Eingangsinstanz

schnell abgeschlossenen Verfahrens kann ein sachlicher Gesichtspunkt dafÃ¼r sein, die Bearbeitung und Entscheidung dieses Verfahrens in der zweiten Instanz zugunsten anderer, unter BerÃ¼cksichtigung beider Instanzen Ã¤lterer Verfahren zurÃ¼ckzustellen.

Â

23

bb)Â Dennoch ist die Dauer einer nicht ausgeschÃ¶pften, jedoch grundsÃ¤tzlich angemessenen Vorbereitungs- und Bedenkzeit bei der Ermittlung einer unangemessenen Dauer eines Gerichtsverfahrens instanzÃ¼bergreifend in Abzug zu bringen. Dies folgt insbesondere aus dem Wortlaut des Gesetzes und der in dessen BegrÃ¼ndung zum Ausdruck kommenden Entscheidung des Gesetzgebers, wonach die unangemessene Dauer eines Gerichtsverfahrens anhand von dessen Gesamtdauer und nicht der Dauer einer einzelnen Instanz zu beurteilen ist *(dazu unterÂ)*. Dem steht in systematischer Hinsicht weder die nach Bund und Land getrennte Haftungsverantwortung und die dem folgende gerichtliche ZustÃ¤ndigkeit noch die von der Rechtsprechung anerkannte MÃ¶glichkeit der BeschrÃ¤nkung des EntschÃ¤digungsanspruchs auf eine Instanz des Ausgangsverfahrens entgegen *(dazu unterÂ)*.

Â

24

(1)Â MaÃgeblich fÃ¼r die Beurteilung der angemessenen Dauer eines Gerichtsverfahrens ist nach der insoweit Ã¼bereinstimmenden Rechtsprechung des BSG und der anderen obersten GerichtshÃ¶fe des Bundes dessen Gesamtdauer *(stRspr; zB BSG Urteil vom 17.12.2020 â B 10 ÃG 1/19 R â BSGE 131, 153 = SozR 4-1720 Â§ 198 Nr 20, RdNr 45; BSG Urteil vom 27.3.2020 âÂ BÂ 10 ÃG 4/19 R â SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 19 RdNrÂ 11; BSG Urteil vom 3.9.2014 â B 10 ÃG 2/13Â R â BSGE 117, 21 = SozR 4-1720 Â§ 198 Nr 3, RdNr 24; BVerwG Beschluss vom 4.7.2017 âÂ 5 B 11/17 D â juris RdNr 13; BVerwG Urteil vom 27.2.2014 â 5 C 1/13 D â juris RdNr 12; BVerwG Urteil vom 11.7.2013 â 5 C 23/12 D â juris RdNr 16 f; BGH Urteil vom 5.12.2013 â III ZR 73/13 â juris RdNr 20 f; BAG Beschluss vom 13.12.2017 â 5 AZA 84/17 â juris RdNr 7; BFH Urteil vom 20.3.2019 âÂ XÂ K 4/18 â juris RdNr 33)*.

Â

25

Dies folgt zunÃ¤chst aus dem Wortlaut des Â§Â 198 GVG und hier insbesondere aus der Legaldefinition des Â§Â 198 AbsÂ 6 NrÂ 1 HalbsatzÂ 1 GVG, wonach âein Gerichtsverfahren jedes Verfahren von der Einleitung bis zum rechtskrÃ¤ftigen Abschlussâ ist. Hierdurch werden Beginn und Ende des Zeitraums festgelegt, der zur Feststellung einer unangemessenen âDauer eines Gerichtsverfahrensâ *(*

Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 GVG*)* bzw des Umstands, dass â□□ein Gerichtsverfahren unangemessen lange gedauert hatâ□□ *(*Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GVG*)*, zu betrachten ist. Hinweise fÃ¼r eine Trennung zwischen verschiedenen Instanzen oder Gerichten finden sich dort nicht. In binnensystematischer Hinsicht wird die Bezugnahme auf das Gesamtverfahren zudem durch den RÃ¼ckschluss aus Â§Â 198 AbsÂ 3 SatzÂ 5 GVG bestÃ¤tigt *(BVerwG Beschluss vom 4.7.2017 â□□Â* 5Â B 11/17*Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 13).* Danach ist die Erhebung einer erneuten VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge erforderlich, wenn sich das Verfahren â□□bei einem anderen Gerichtâ□□ weiter verzÃ¶gert *(vgl BTâ□□Drucks 17/3802 SÂ 21)*.

Â

26

Ein solches instanzÃ¼bergreifendes VerstÃ¤ndnis des Begriffs â□□Gerichtsverfahrenâ□□ entspricht auch der BegrÃ¼ndung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 17.11.2010, wonach â□□Bezugspunkt fÃ¼r die Beurteilung der angemessenen Verfahrensdauer (â□¦) grundsÃ¤tzlich das Gesamtverfahrenâ□□ ist *(*BT-Drucks 17/3802 SÂ 18*; vgl auch BVerwG vom 4.7.2017 â□□Â* 5Â B 11/17 *Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 13)*. Dem steht nicht entgegen, dass ausweislich der weiteren BegrÃ¼ndung Konstellationen denkbar sind, â□□in denen schon vor Verfahrensabschluss eine unangemessene und irreparable VerzÃ¶gerung feststellbar ist und in denen daher Ã¼ber die Kompensation fÃ¼r schon eingetretene Nachteile entschieden werden kann, obwohl das Ausgangsverfahren noch nicht beendet istâ□□ *(aaO SÂ 18Â f, 22)*. Deshalb lÃ¤sst Â§Â 198 AbsÂ 5 SatzÂ 1 GVG nach Ablauf der Wartefrist die EntschÃ¤digungsklage noch wÃ¤hrend des Ausgangsverfahrens zu *(vgl aaO SÂ 22; BGH Urteil vom 7.11.2019 â□□Â* IIIÂ ZR 17/19*Â â□□ juris RdNrÂ 20; BVerwG Urteil vom 27.2.2014 â□□Â* 5Â C 1/13*Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 13)*. Wird eine EntschÃ¤digungsklage wÃ¤hrend des laufenden Ausgangsverfahrens erhoben, gibt Â§Â 201 AbsÂ 3 SatzÂ 1 GVG die MÃ¶glichkeit, das EntschÃ¤digungsverfahren auszusetzen.

Â

27

FÃ¼r ein instanzÃ¼bergreifendes VerstÃ¤ndnis des Gerichtsverfahrens iS des Â§Â 198 AbsÂ 6 NrÂ 1 GVG spricht darÃ¼ber hinaus die im Gesetzentwurf bekundete Absicht, mit der EntschÃ¤digungsklage und der diese vorbereitenden VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge einen vom EGMR und BVerfG geforderten Rechtsbehelf zu schaffen *(*BT-Drucks 17/3802 SÂ 1*, 15Â f)* und dabei an die sowohl vom EGMR als auch dem BVerfG entwickelten MaÃstÃ¤be anzuknÃ¼pfen *(*BT-Drucks 17/3802 SÂ 18*)*. Auch wenn die Rechtsprechung beider Gerichte in Bezug auf den fÃ¼r die Beurteilung der angemessenen Dauer eines Gerichtsverfahrens maÃgeblichen Rahmen nicht einheitlich ist *(vgl Lorenz, Die Dogmatik des EntschÃ¤digungsanspruchs aus* Â§Â 198 GVG*, 2018, 136Â f)*, so ist die Gesamtdauer des Verfahrens jedenfalls ein von diesen Gerichten wiederholt hervorgehobener AnknÃ¼pfungspunkt *(zB EGMR Urteil vom 22.3.2012*

â□□Â 23338/09Â â□□ Kautzor v Deutschland â□□ juris RdNrÂ 83, 94Â ff; EGMR Urteil vom 7.1.2010 â□□Â 40009/04Â â□□ von KÃ¶ster v Deutschland â□□ juris RdNrÂ 120Â ff; EGMR Urteil vom 2.6.2009 â□□Â 36853/05Â â□□ Metzele v Deutschland â□□ juris RdNrÂ 45; BVerfG Beschluss vom 2.12.2011 â□□Â 1Â BvR 314/11Â â□□ juris RdNrÂ 7, 9; BVerfG Beschluss vom 30.7.2009 â□□Â 1Â BvR 2662/06Â â□□ juris RdNrÂ 20, 32; BVerfG Beschluss vom 20.7.2000 â□□Â 1Â BvR 352/00Â â□□ juris RdNrÂ 11).

Â

28

(2)Â Dem stehen in systematischer Hinsicht weder die nach Land oder Bund getrennte Haftungsverantwortung *(Â§Â 200 SatzÂ 1 und 2 GVG)* und die dem folgende gerichtliche ZustÃ¤ndigkeit *(Â§Â 201 AbsÂ 1 GVG iVm Â§Â 202 SatzÂ 2 SGG)* noch die von der Rechtsprechung anerkannte prozessuale MÃ¶glichkeit einer BeschrÃ¤nkung des EntschÃ¤digungsanspruchs auf einen Verfahrensabschnitt *(vgl hierzu BSG Urteil vom 27.3.2020 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 4/19Â RÂ â□□ SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 19 RdNrÂ 11; BSG Urteil vom 12.2.2015 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/13Â RÂ â□□ BSGE 118, 91 = SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 7, RdNrÂ 21; BVerwG Urteil vom 11.7.2013 â□□Â 5Â C 23/12Â D â□□ juris RdNrÂ 18, 61)* entgegen *(vgl ausfÃ¼hrlich Lorenz, Die Dogmatik des EntschÃ¤digungsanspruchs aus Â§Â 198 GVG, 2018, 137Â ff mwN)*. Denn materiell-rechtlicher Bezugsrahmen eines derart beschrÃ¤nkten prozessualen Begehrens bleibt gleichwohl das gesamte gerichtliche Verfahren, auch wenn dieses Ã¼ber mehrere Instanzen oder bei verschiedenen Gerichten gefÃ¼hrt worden ist *(BVerwG Beschluss vom 17.8.2017 â□□Â 5Â A 2/17 Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 26; BVerwG Urteil vom 27.2.2014 â□□Â 5Â C 1/13Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 11)*. Damit sind stets auch die Verfahrensabschnitte von Bedeutung, die nicht in die Haftungsverantwortung des in Anspruch genommenen RechtstrÃ¤gers fallen *(vgl BVerwG Beschluss vom 4.7.2017 â□□Â 5Â B 11/17Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 13; Ott in SteinbeiÃ□-Winkelmann/Ott, Rechtsschutz bei Ã¼berlangen Gerichtsverfahren, 2013, Â§Â 198 GVG RdNrÂ 80)*. Deshalb ist bei der Bestimmung der Gesamtverfahrensdauer auch das Verfahren vor dem BSG in den Blick zu nehmen, wenn das Ausgangsverfahren â□□Â anders als hierÂ â□□ bis zu ihm gefÃ¼hrt hat *(vgl auch BVerwG Beschluss vom 4.7.2017 â□□Â 5Â B 11/17Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 5 und 13)*.

Â

29

cc)Â Eine instanzÃ¼bergreifende BerÃ¼cksichtigung der Vorbereitungs- und Bedenkzeit fÃ¼hrt die stÃ¤ndige Rechtsprechung des BSG fort, wonach Zeiten fehlender VerfahrensfÃ¶rderung durch das Gericht in bestimmten Verfahrensabschnitten durch eine zÃ¼gige Bearbeitung in anderen Verfahrensabschnitten ausgeglichen werden kÃ¶nnen. Sie korrespondiert zudem mit der Rechtsprechung der anderen obersten GerichtshÃ¶fe des Bundes.

Â

30

BSG und BVerwG haben bereits entschieden, dass ein Ausgleich von VerzÃ¶gerungen in einem spÃ¤teren Verfahrensabschnitt durch eine besonders zÃ¼gige Bearbeitung â□□in davor oder danach liegenden Verfahrensabschnittenâ□□ mÃ¶glich ist *(zB BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/13Â RÂ â□□ BSGE 117, 21 = SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 43; BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/14Â RÂ â□□ SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 5 RdNrÂ 44; BVerwG Beschluss vom 4.7.2017 â□□Â 5Â B 11/17Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 13; BVerwG Urteil vom 27.2.2014 â□□Â 5Â C 1/13Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 12; zustimmend zB Schenke in Kopp/Schenke, VwGO, 27.Â Aufl 2021, Â§Â 173 RdNrÂ 12; Kraft in Eyermann, VwGO, 15.Â Aufl 2019, Â§Â 173 RdNrÂ 20; Lorenz, Die Dogmatik des EntschÃ¤digungsanspruchs aus Â§Â 198 GVG, 2018, 137; Frehse, Die Kompensation der verlorenen Zeit â□□ Wenn Prozesse Pause machen, 2017, 803; Ott in SteinbeiÃ□-Winkelmann/Ott, Rechtsschutz bei Ã¼berlangen Gerichtsverfahren, 2013, Â§Â 198 GVG RdNrÂ 101)*. Dies umfasst nach der Rechtsprechung des BVerwG ausdrÃ¼cklich auch einen instanzÃ¼bergreifenden Ausgleich, im Rahmen dessen â□□ mit Blick auf die Gesamtverfahrensdauer â□□ durch die zÃ¼gige Behandlung der Sache in einer Instanz eine etwaige unangemessene Verfahrensdauer in einer anderen (vorangegangenen oder nachfolgenden) Instanz ganz oder teilweise kompensiert werden kann *(BVerwG Beschluss vom 4.7.2017 â□□Â 5Â B 11/17Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 13)*. Dementsprechend hat das BVerwG Zeit, um die ein Verfahren durch das Verwaltungsgericht vor Ablauf des hierfÃ¼r anzunehmenden Gestaltungszeitraums zum Abschluss gebracht worden war, auf die sachlich nicht gerechtfertigte VerzÃ¶gerung des Berufungszulassungsverfahrens mindernd angerechnet *(BVerwG Urteil vom 27.2.2014 â□□Â 5Â C 1/13Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 31)*.

Â

31

Diese Rechtsprechung fuÃ□t auf dem allgemein anerkannten Rechtssatz, dass in einem frÃ¼heren Abschnitt des Verfahrens eingetretene VerzÃ¶gerungen innerhalb eines spÃ¤teren Abschnitts kompensiert werden kÃ¶nnen *(stRspr; zB BSG Urteil vom 13.12.2018 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 4/16Â RÂ â□□ SozR 4â□□1500 Â§Â 92 NrÂ 5 RdNrÂ 21; BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/14Â RÂ â□□ SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 5 RdNrÂ 44; BSG Urteil vom 3.9.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/13Â RÂ â□□ BSGE 117, 21 = SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 43; BGH Urteil vom 13.2.2014 â□□Â IIIÂ ZR 311/13Â â□□ juris RdNrÂ 28; BGH Urteil vom 5.12.2013 â□□Â IIIÂ ZR 73/13Â â□□ juris RdNrÂ 41; BGH Urteil vom 14.11.2013 â□□Â IIIÂ ZR 376/12Â â□□ juris RdNrÂ 30; BVerwG Beschluss vom 4.7.2017 â□□Â 5Â B 11/17Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 13; LSG fÃ¼r das Saarland Beschluss vom 8.9.2021 â□□Â LÂ 2Â SF 3/21Â EKÂ ASÂ â□□ juris RdNrÂ 52; LSG Nordrhein-Westfalen Urteil vom 25.11.2020 â□□Â LÂ 11Â SF 308/18Â EKÂ UÂ â□□ juris RdNrÂ 44; ebenso im Schrifttum; zB Kissel/Mayer, GVG, 10.Â Aufl 2021, Â§Â 198 RdNrÂ 13; B.Â Schmidt in Meyer-*

Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13.Â Aufl 2020, Â§Â 202 RdNrÂ 24a; Fock/Schreiber in Fichte/JÃ¼ttner, SGG, 3.Â Aufl 2020, Â§Â 202 RdNrÂ 16; Roller, VSSR 2015, 65, 77; Dietrich, ZZP 2014, 169, 185; Hofmarksrichter, Rechtsschutz bei Ã¼berlangen Gerichtsverfahren im Lichte der Vorgaben des EGMR, 2017, 60Â f).

Â

32

FÃ¼r eine solche MÃ¶glichkeit spricht bereits der Wortlaut von Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 GVG, der an die unangemessene Dauer des Gerichtsverfahrens anknÃ¼pft und nicht an die einzelne VerzÃ¶gerung. Zudem korrespondiert dies mit der verfassungsrechtlich fundierten Verpflichtung der Gerichte, bei der Verfahrensgestaltung auch die Gesamtdauer des Verfahrens zu berÃ¼cksichtigen und sich mit zunehmender Dauer nachhaltig um eine Beschleunigung des Verfahrens zu bemÃ¼hen *(vgl BVerfG Beschluss vom 2.12.2011 â□□Â 1Â BvR 314/11Â â□□ juris RdNrÂ 7; BVerfG Beschluss vom 30.7.2009 â□□Â 1Â BvR 2662/06 Â â□□ juris RdNrÂ 20; BVerfG Beschluss vom 20.7.2000 â□□Â 1Â BvR 352/00Â â□□ juris RdNrÂ 11)*. Hinzu kommt, dass die nach Â§Â 198 AbsÂ 3 GVG obligatorische VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge gerade bei Anerkennung einer KompensationsmÃ¶glichkeit in besonderem Ma□e ihren prÃ¤ventiven Zweck *(vgl BT-Drucks 17/3802 SÂ 16, 20; BSG Urteil vom 27.3.2020 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 4/19Â RÂ â□□ SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 19 RdNrÂ 31)* erfÃ¼llen kann, trotz ggf bereits eingetretener VerzÃ¶gerungen eine unangemessene Verfahrensdauer insgesamt zu verhindern *(vgl Ott in Steinbei□-Winkelmann/Ott, Rechtsschutz bei Ã¼berlangen Gerichtsverfahren, 2013, Â§Â 198 GVG RdNrÂ 101; Lorenz, Die Dogmatik des EntschÃ¤digungsanspruchs aus Â§Â 198 GVG, 2018, 137Â f)*. Schlie□t man nÃ¤mlich die MÃ¶glichkeit eines Ausgleichs einer VerzÃ¶gerung durch die zÃ¼gige Bearbeitung in einem anderen Verfahrensabschnitt aus und wird die VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge erhoben, wenn das Verfahren bereits verzÃ¶gert ist, kÃ¶nnte sie nur einer weiteren Vertiefung des infolge der VerzÃ¶gerung bereits erlittenen Nachteils entgegenwirken, womit die intendierte prÃ¤ventive Funktion nur sehr eingeschrÃ¤nkt erreicht wÃ¼rde *(Ott, aaO)*. DarÃ¼ber hinaus wurde die MÃ¶glichkeit, einzelne VerzÃ¶gerungen im Verfahrensverlauf wieder auszugleichen, wÃ¤hrend der AnhÃ¶rungen zum Entwurf des Ã□GG im Rechtsausschuss ausdrÃ¼cklich benannt *(Stellungnahme des Generalstaatsanwalts in Bamberg LÃ¼ckemann im Rahmen der Ã¶ffentlichen AnhÃ¶rung zum Entwurf des Ã□GG, Protokoll der 43. Sitzung des Rechtsausschusses am 23.3.2011, Anhang SÂ 112)*, ohne dass dies zu Ã□nderungen am Entwurf gefÃ¼hrt hÃ¤tte. Schlie□lich entspricht eine solche Kompensation der Rechtsprechung des EGMR *(EGMR Urteil vom 22.3.2012 â□□ 23338/09 â□□ Kautzor v Deutschland â□□ juris RdNr 83; EGMR Urteil vom 7.1.2010 â□□ 40009/04 â□□ von KÃ¶ster v Deutschland â□□ juris RdNr 151; EGMR Urteil vom 2.6.2009 â□□ 36853/05 â□□ Metzele v Deutschland â□□ juris RdNr 45; vgl hierzu auch Frehse, Die Kompensation der verlorenen Zeit â□□ Wenn Prozesse Pause machen, 2017, 304 ff)*, an deren Ma□stÃ¤be das Ã□GG anknÃ¼pfen sollte *(BT-Drucks 17/3802 S 18)*.

Â

33

dd) Hiervon ausgehend hÃ¤lt es der Senat fÃ¼r geboten, dass VerzÃ¶gerungen in einer nachfolgenden Instanz auch durch eine in der Vorinstanz nicht ausgeschÃ¶pfte Vorbereitungs- und Bedenkzeit ausgeglichen werden kÃ¶nnen *(sog â instanzÃ¼bergreifende Verrechnung der Vorbereitungs- und Bedenkzeitenâ; ebenso LSG Berlin-Brandenburg â Gerichtsbescheid vom 6.11.2019 â* L 38 SF 323/18 EK AS *â juris RdNr 28; LSG Hamburg Urteil vom 20.7.2017 â* L 1 SF 6/15Â EK *â juris RdNr 27; LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 6.7.2017 â* L 37 SF 352/15 EK KR *â juris RdNr 87; SÃ¤chsisches LSG Urteil vom 29.3.2017 â* L 11 SF 70/16 EK *â juris RdNr 34; LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 25.2.2016 â* L 37 SF 128/14 EK AL *â juris RdNr 58)*.

Â

34

Wie das BSG wiederholt ausgefÃ¼hrt hat, kann die Vorbereitungs- und Bedenkzeit in mehrere, insgesamt zwÃ¶lf Monate nicht Ã¼bersteigende Abschnitte unterteilt sein *(BSG Beschluss vom 30.9.2021 âÂ BÂ 10Â ÃG 2/21Â BÂ â juris RdNrÂ 13; BSG Urteil vom 3.9.2014 âÂ BÂ 10Â ÃG* 2/13*Â RÂ â* BSGE 117, 21 *= SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 46)*. Die regelmÃ¤Ãig anzunehmende zwÃ¶lfmonatige Vorbereitungs- und Bedenkzeit fÃ¼r die jeweilige Instanz fÃ¼hrt dabei âunabhÃ¤ngig von ihrer Lageâ noch nicht zu einer unangemessenen Verfahrensdauer *(BSG Urteil vom 7.9.2017 âÂ BÂ 10Â ÃG* 3/16*Â RÂ â SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 14 RdNrÂ 22)*. Zudem hat das BSG bereits entschieden, dass eine dreijÃ¤hrige UntÃ¤tigkeit in der ersten Instanz des Ausgangsverfahrens es rechtfertigen kann, mit Blick auf die besonderen UmstÃ¤nde des Einzelfalls, insbesondere die Kriterien des Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG, von der ZwÃ¶lfmonatsregel abzuweichen und die dem Berufungsgericht im Regelfall zuzubilligende Vorbereitungs- und Bedenkzeit auf drei Monate zu kÃ¼rzen *(BSG Urteil vom 12.2.2015 âÂ BÂ 10Â ÃG 7/14Â RÂ â SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 10 RdNrÂ 38)*.

Â

35

Haftungsgrund nach Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 GVG ist die Verletzung des in ArtÂ 19 AbsÂ 4 und ArtÂ 20 AbsÂ 3 GG sowie Art 6 AbsÂ 1 EMRK verankerten Rechts der Verfahrensbeteiligten auf Entscheidung eines gerichtlichen Verfahrens in angemessener Zeit *(BSG Urteil vom 12.2.2015 âÂ BÂ 10Â ÃG 1/13Â RÂ â* BSGE 118, 91 *= SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 7, RdNrÂ 26; BSG Urteil vom 3.9.2014 âÂ BÂ 10Â ÃG 12/13Â RÂ â SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 4 RdNrÂ 28; vgl auch* BT-Drucks 17/3802 SÂ 18*)*. Mit Blick hierauf kann es fÃ¼r den EntschÃ¤digungsanspruch nicht darauf ankommen, wie sich die den Gerichten insgesamt zuzubilligenden Phasen âÂ ggf auch nur nach auÃenÂ â nicht erkennbarer gerichtlicher VerfahrensfÃ¶rderung, also die ihnen jeweils zustehende

Vorbereitungs- und Bedenkzeit, Ã¼ber die einzelnen Verfahrensabschnitte und Instanzen verteilt. Deshalb ist die von einer Instanz nicht ausgeschÃ¶pfte Vorbereitungs- und Bedenkzeit auch instanzÃ¼bergreifend entschÃ¤digungsmindernd zu berÃ¼cksichtigen. Eine unangemessene Verfahrensdauer kann daher nur dann festgestellt werden, wenn die Gesamtdauer eines instanzÃ¼bergreifenden Gerichtsverfahrens die den Instanzen insgesamt zur VerfÃ¼gung stehende Vorbereitungs- und Bedenkzeit Ã¼bersteigt und die darÃ¼ber hinausgehende Zeit teilweise oder vollstÃ¤ndig auf unzureichender VerfahrensfÃ¶rderung durch das Gericht beruht. Anderenfalls kÃ¤me es in AbhÃ¤ngigkeit von der in den jeweiligen Instanzen tatsÃ¤chlich genutzten Vorbereitungs- und Bedenkzeit bei Verfahren gleicher Schwierigkeit und Bedeutung sowie gleicher Gesamtdauer in einigen FÃ¤llen zur Feststellung einer unangemessenen Verfahrensdauer, wÃ¤hrend in anderen FÃ¤llen die Verfahrensdauer als noch angemessen zu bewerten wÃ¤re. Auch macht es fÃ¼r die Beteiligten nach Abschluss von zwei Tatsacheninstanzen in der Gesamtschau keinen Unterschied, ob zB in beiden Instanzen jeweils zwÃ¶lf Monate Vorbereitungs- und Bedenkzeit â□□verbrauchtâ□□ werden oder aber in der ersten Instanz nur vier Monate und in der zweiten Instanz 20 Monate. Insgesamt wÃ¤ren es in beiden FÃ¤llen jeweils 24Â Monate Vorbereitungs- und Bedenkzeit bei zwei Instanzen. MaÃ□geblich fÃ¼r die Feststellung der unangemessenen Dauer eines Gerichtsverfahrens bleibt auch hier allein die Gesamtverfahrensdauer. Ebenso wenig nachvollziehbar ist, warum ein KlÃ¤ger, der ein Verfahren durch zwei Instanzen betreibt, in deren Verlauf es beispielsweise zu insgesamt 28 Monaten InaktivitÃ¤tszeiten kommt, entschÃ¤digungsrechtlich in AbhÃ¤ngigkeit davon anders stehen sollte, in welchem Verfahrensstadium diese VerzÃ¶gerungszeiten aufgetreten sind und auf welche Verfahrensabschnitte er letztlich seinen EntschÃ¤digungsanspruch begrenzt *(vgl LSG Berlin-Brandenburg â□□ Gerichtsbescheid vom 6.11.2019 â□□ L 38 SF 323/18 EK AS â□□ juris RdNr 28; LSG Hamburg Urteil vom 20.7.2017 â□□ L 1 SF 6/15 EK â□□ juris RdNr 27; LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 6.7.2017 â□□ L 37 SF 352/15 EK KR â□□ juris RdNr 71; LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 25.2.2016 â□□ L 37 SF 128/14 EK AL â□□ juris RdNr 58)*.

Â

36

c)Â Der Senat kann jedoch nicht abschlieÃ□end entscheiden, in welchem Umfang das EntschÃ¤digungsgericht im Ausgangsverfahren vom SG nicht genutzte, grundsÃ¤tzlich angemessene Vorbereitungs- und Bedenkzeit zugunsten des Beklagten bei der PrÃ¼fung der angemessenen Gesamtverfahrensdauer zu berÃ¼cksichtigen hatte und inwieweit dies einem Ã¼ber 800Â Euro hinausgehenden EntschÃ¤digungsanspruch des KlÃ¤gers entgegensteht. Hierzu fehlen â□□Â vom Rechtsstandpunkt des EntschÃ¤digungsgerichts aus folgerichtigÂ â□□ notwendige Feststellungen zum Ablauf des Ausgangsverfahrens in erster Instanz und zum Umfang der hierbei vom SG genutzten Vorbereitungs- und Bedenkzeit.

Â

37

Zum Ausgangsverfahren in erster Instanz festgestellt hat das EntschÃ¤digungsgericht lediglich den Tag des Eingangs der Klage (5.9.2012) und den Tag des Urteils (11.2.2014) sowie seiner Zustellung (24.2.2014). Dadurch steht fest, dass das Ausgangsverfahren in erster Instanz 18Â Kalendermonate umfasst hat. Zudem hat das EntschÃ¤digungsgericht eine durchschnittliche Bedeutung und Schwierigkeit des Ausgangsverfahrens angenommen. Tatsachen die geeignet wÃ¤ren, die weiteren nach Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG relevanten Kriterien zur PrÃ¼fung einer angemessenen Verfahrensdauer auszufÃ¼llen, hat das EntschÃ¤digungsgericht nicht festgestellt. Insbesondere fehlen Feststellungen zu den vom SG im Hinblick auf den Fortgang des Verfahrens getroffenen MaÃnahmen sowie zum Verhalten der Verfahrensbeteiligten. Die hierzu in der RevisionsbegrÃ¼ndung detailliert mitgeteilten Einzelheiten kÃ¶nnen als Vortrag neuer Tatsachen in der Revisionsinstanz keine BerÃ¼cksichtigung finden *(vgl BSG Urteil vom 12.9.2019 â€Â BÂ 9Â V 2/18Â RÂ â€ BSGE 129, 87 = SozR 4-7190 Â§Â 4 NrÂ 1, RdNrÂ 34-35 mwN)*. Zur Nachholung der hiernach erforderlichen Feststellungen bedarf es der Aufhebung des Urteils im mit der Revision angegriffenen Umfang und der ZurÃ¼ckverweisung der Sache insoweit zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das EntschÃ¤digungsgericht.

Â

38

Im wieder erÃ¶ffneten EntschÃ¤digungsklageverfahren wird das EntschÃ¤digungsgericht auch zu beachten haben, dass die Monate zwischen der Ladung zum Termin und der DurchfÃ¼hrung der mÃ¼ndlichen Verhandlung grundsÃ¤tzlich zu den von der Vorbereitungs- und Bedenkzeit umfassten Zeiten gehÃ¶ren *(vgl BSG Urteil vom 12.2.2015 â€Â BÂ 10Â ÃG 7/14Â RÂ â€ SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 10 RdNrÂ 37Â ff, wonach lediglich der Monat der Ladung zum Termin und der Monat der mÃ¼ndlichen Verhandlung zu den aktiven Zeiten gehÃ¶ren)*. Etwas anderes gilt nur dann, wenn in diesen â€Zwischen-Monatenâ€ selbst noch eine nach auÃen erkennbare konkrete verfahrensfÃ¶rdernde AktivitÃ¤t des Ausgangsgerichts (zB rechtliche Hinweise oder VergleichsvorschlÃ¤ge an die Beteiligten) erfolgt. Soweit wie im angegriffenen Urteil zusÃ¤tzlich zur regelmÃ¤Ãigen Vorbereitungs- und Bedenkzeit weitere Monate zwischen Ladung und DurchfÃ¼hrung der mÃ¼ndlichen Verhandlung als nicht entschÃ¤digungsrelevant angesehen werden *(vgl zB auch Schleswig-Holsteinisches LSG Urteil vom 24.1.2020 â€Â LÂ 12Â SF 48/17Â EKÂ â€ juris RdNrÂ 50; LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 24.1.2019 â€Â LÂ 37Â SF 101/18Â EKÂ AS Â WAÂ â€ juris RdNrÂ 60; LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 25.2.2016 â€Â LÂ 37Â SF 128/14Â EKÂ ALÂ â€ juris RdNrÂ 52, wonach jeweils auch ein weiterer, zwischen dem Monat der Ladung und dem Terminsmonat liegender Kalendermonat als Monat der gerichtlichen AktivitÃ¤t bewertet werden soll)*, vermag der Senat dem nicht zu folgen *(im Ergebnis ebenso LSG Nordrhein-*

Westfalen Urteil vom 25.11.2020 â□□Â LÂ 11Â SF 308/18Â EKÂ UÂ â□□ juris RdNrÂ 36; LSG Niedersachen-Bremen Urteil vom 10.7.2019 â□□Â LÂ 13/15Â SF 12/17Â EKÂ Â â□□ juris RdNrÂ 19).

Â

39

Es entspricht der vom Senat zur BegrÃ¼ndung einer regelmÃ¤Ã□ig zwÃ¶lfmonatigen Vorbereitungs- und Bedenkzeit herangezogenen Struktur und Gestaltung des sozialgerichtlichen Verfahrens, dass ein Rechtsstreit gerade in der Zeit nach der Ladung besonders intensiv bearbeitet und durchdacht wird, um die anberaumte Verhandlung vorzubereiten, ohne dass dies nach auÃ□en als AktivitÃ¤t des Gerichts erkennbar wÃ¤re. In Berufungsverfahren wie dem hier streitgegenstÃ¤ndlichen Ausgangsverfahren wird Ã¼blicherweise und in nicht zu beanstandender Weise erst wÃ¤hrend dieser Zeit vom Berichterstatter ein schriftlicher Entscheidungsvorschlag (Votum) erstellt und mit den weiteren Berufsrichtern des Senats diskutiert. Eben diesen notwendigen internen Arbeiten des Gerichts und der gebotenen richterlichen Dispositionsfreiheit im Ã¼brigen Verfahrensablauf wird durch die Anerkennung einer nicht entschÃ¤digungsrelevanten Vorbereitungs- und Bedenkzeit Rechnung getragen. Dabei hat der Senat stets betont, dass der konkrete Umfang der im Einzelfall noch angemessenen Vorbereitungs- und Bedenkzeit mit Blick auf dessen besondere UmstÃ¤nde, insbesondere die Kriterien des Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG, zu bestimmen ist *(zB BSG Beschluss vom 30.9.2021 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/21Â BÂ â□□ juris RdNrÂ 13; BSG Urteil vom 12.2.2015 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 7/14Â RÂ â□□ SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 10 RdNrÂ 38)*. Zu den hierbei in den Blick zu nehmenden Besonderheiten kÃ¶nnen auch nicht im Verantwortungsbereich der Gerichte liegende sachliche GrÃ¼nde gehÃ¶ren, die im Einzelfall eine ungewÃ¶hnlich lange Ladungsfrist erforderlich machen. Terminierungs- und VerlegungswÃ¼nsche der spÃ¤teren EntschÃ¤digungsklÃ¤ger gehen regelmÃ¤Ã□ig zu deren Lasten. Die Rechtsprechung anderer Gerichtszweige *(vgl zB BAG Beschluss vom 13.12.2017 â□□Â 5Â AZA 84/17Â â□□ juris RdNrÂ 13; BVerwG Urteil vom 14.11.2016 â□□Â 5Â C 10/15Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 143; SÃ¤chsisches OVG Urteil vom 31.8.2021 â□□Â 11Â F 24/19.EKÂ â□□ juris RdNrÂ 27; OVG Nordrhein-Westfalen Urteile vom 10.2.2017 â□□Â 13Â D 74/15Â â□□ juris RdNrÂ 50 und â□□Â 13Â D 75/15Â â□□ juris RdNrÂ 24; SÃ¤chsisches OVG Urteil vom 15.1.2013 â□□Â 11Â F 1/12Â â□□ juris RdNrÂ 32; OLG Karlsruhe Urteil vom 20.5.2021 â□□Â 16Â EK 2/21Â â□□ juris RdNrÂ 163; OLG Karlsruhe Urteil vom 20.5.2021 â□□Â 16Â EK 1/21Â â□□ juris RdNrÂ 132Â f; OLG Frankfurt Urteil vom 14.1.2015 â□□Â 4Â EK 3/14Â â□□ juris RdNrÂ 51Â ff)* steht dem nicht entgegen, weil diese ausgehend von den Eigenheiten der jeweiligen Verfahrensordnung und -praxis abweichenden Konzepten zur Bestimmung der noch angemessenen Verfahrensdauer folgen. Dies gilt gleichermaÃ□en fÃ¼r das vom EntschÃ¤digungsgericht zitierte Schrifttum *(Roderfeld in Marx/Roderfeld, Rechtsschutz bei Ã¼berlangen Gerichts- und Ermittlungsverfahren, 2013, Â§Â 198 RdNrÂ 31)*.

Â

40

Im wieder erÃ¶ffneten EntschÃ¤digungsklageverfahren wird hinsichtlich des Zinsanspruchs des KlÃ¤gers schlieÃlich noch zu berÃ¼cksichtigen sein, dass die RechtshÃ¤ngigkeit in Verfahren nach dem Siebzehnten Titel des GVG wegen eines Ã¼berlangen Gerichtsverfahrens erst mit Zustellung der Klage eintritt *(*Â§Â 94 SatzÂ 2 SGG*)*. Dieser Zeitpunkt sollte auch bei der Verurteilung eines TrÃ¤gers Ã¶ffentlichen Rechts zur Zahlung von Zinsen ab RechtshÃ¤ngigkeit *(*Â§Â 291 SatzÂ 1 BGB*)* regelmÃ¤Ãig im Tenor angegeben werden.

Â

41

Das EntschÃ¤digungsgericht wird schlieÃlich auch Ã¼ber die Kosten des Revisionsverfahrens zu entscheiden haben.

Â

42

3.Â Der Streitwert fÃ¼r das Revisionsverfahren war nach Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG iVm Â§Â 1 AbsÂ 2 NrÂ 3, Â§Â 47 AbsÂ 1 SatzÂ 1, Â§Â 52 AbsÂ 1 und AbsÂ 3 SatzÂ 1, Â§Â 63 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GKG in HÃ¶he des in der Revision streitigen Teils der dem KlÃ¤ger zuerkannten EntschÃ¤digung festzusetzen.

Â

Erstellt am: 07.07.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024